



Deutscher Künstlerbund



a.IGBK internationale gesellschaft der bildenden künste

An die
im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien
CDU/CSU, SPD, FDP, Die Linke und Bündnis90/Die Grünen

Berlin/Bonn, den 3. April 2009

Der Bundesverband Bildender Künstlerinnen und Künstler (BBK), der Deutsche Künstlerbund, die GEDOK, die Internationale Gesellschaft der bildenden Künste (IGBK) und die ver.di Fachgruppe Bildende Kunst fordern alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, die Einführung einer Ausstellungsvergütung und das sog. Künstlergemeinschaftsrecht in ihre Wahlprogramme für die Bundestagswahl aufzunehmen.

Zeitgenössische Werke der Bildenden Kunst sind zwar urheberrechtlich geschützt. Dennoch werden solche Werke häufig in Ausstellungen gezeigt, ohne dass die Urheber für diese Inanspruchnahme ihrer Leistung eine angemessene Vergütung erhalten, was in anderen Kultursparten längst üblich ist.

Die Einführung eines Künstlergemeinschaftsrechtes, das eine Nutzung auch älterer künstlerischer Werke gebührenpflichtig machen würde, wäre ein weiterer wichtiger Schritt zu einer sinnvollen Maßnahme zur Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, repräsentieren mit unseren Künstlerorganisationen nicht nur die große Mehrheit der Künstlergemeinschaft in Deutschland, wir sehen uns als Interessenvertretung aller Künstlerinnen und Künstler unseres Landes.

Wir würden es begrüßen, wenn Sie zu unserer Forderung Stellung nehmen würden und würden uns freuen, wenn diese zudem positiv ausfallen würde.

Ihre Stellungnahme werden wir, Ihr Einverständnis vorausgesetzt, in unseren Publikationen kommunizieren.

Werner Schaub

Werner Schaub (BBK)

Ingrid Scheller

Ingrid Scheller (GEDOK)

Frank Michael Zeidler
Frank Michael Zeidler (Deutscher Künstlerbund und IGBK)

Lorenz Mueller-Morenius

Lorenz Mueller-Morenius (ver.di Fachgruppe Bildende Kunst)